

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

26. Januar 2015

CDU-Juristen wollen öffentliche Gerichte bei Freihandelsabkommen

Der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen Baden-Württemberg (LACDJ) fordert supranationale Gerichte zum Schutz von Investoren im Rahmen der Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada.

„Mit solchen öffentlichen internationalen Gerichten kann man in einem einheitlichen Handelsraum einen einheitlichen Rechtsraum gestalten“, so der Landesvorsitzende Dr. Alexander Ganter. Private internationale Schiedsgerichte eröffneten Investoren ein Klagerecht gegen Unternehmen zum Schutz von Investitionen. Sie bieten schnelle Rechtssicherheit bei Staaten mit einer wenig ausgeprägten Rechtsstaatlichkeit, Willkürentscheidungen und Vollzugsdefiziten. Das sei bei TTIP und CETA aber nicht erforderlich.

Nach Ansicht des LACDJ sollen personell und sachlich gut ausgestattete supranationale Gerichte ebenfalls zügig Rechtsklarheit schaffen. Die unabhängigen Richterpersönlichkeiten sollen in einem demokratisch legitimierten Verfahren bestimmt werden und Prozesse sollen grundsätzlich öffentlich geführt werden. Staaten müssen ein Recht haben, Verbraucher- und Umweltschutzstandards durchzusetzen.

„Bei einem Freihandelsabkommen von etablierten freiheitlichen Rechtsstaaten, Märkten und Demokratien sind demokratische Legitimation, Transparenz, Unparteilichkeit und Einheitlichkeit der Rechtsprechung zwingende Grundstandards“, so Dr. Ganter. Das könnte mit einem supranationalen Gericht erreicht werden, welches ebenso dem Bedürfnis nach einer schnellen Entscheidung gerecht würde.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.